

Ersteinst. täglich
ausgibt, mit Ausnahme
des Sonn- und Festtags.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.50 M.
p. Semester, frei ins Haus.
Durch die Post bezogen,
1.00 M. ex. Postgebühren.
vierteljährlich 30 Pf.

„Die Neue Welt“
(Mitarbeiterzeitung),
durch die Post nicht ver-
sendbar, kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Kassengam.-Abteilung:
Postfach 140/141.

Die Welt

Inserationsgebühr
beträgt für die 6 Spalten
zeilenweise über einen Raum
20 W. für 14 Tage.
Für 1. u. 2. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 30 W. für 14 Tage.
Für 3. u. 4. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 20 W. für 14 Tage.
Für 5. u. 6. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 10 W. für 14 Tage.
Für 7. u. 8. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 5 W. für 14 Tage.
Für 9. u. 10. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 2 W. für 14 Tage.

Inserats
für die 6 Spalten
zeilenweise über einen Raum
20 W. für 14 Tage.
Für 1. u. 2. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 30 W. für 14 Tage.
Für 3. u. 4. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 20 W. für 14 Tage.
Für 5. u. 6. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 10 W. für 14 Tage.
Für 7. u. 8. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 5 W. für 14 Tage.
Für 9. u. 10. Spalten (Anzeigen-
vermittlung) 2 W. für 14 Tage.

Einsetzen in die
Postzeitung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Die Leibeigenschaft der Offiziere.

Die Schöf. Arbeiter-Zeitung schreibt:
Das Zeitalter der großen Revolution war schwächer voll
menschlicher Kämpfe. Kaum eine andere Zeit war so förmlich
aus dem Dunkel Leben in den Bereich der tätigen Geschichte.
Während aber in Frankreich diese Kräfte bedeutender Männer
Taten wieser durfte und die tagenden Träger der unge-
stümten Epoche menschlicher Entwicklung wurden, gingen in der
Ecke des deutschen Kaiserreiches die vollkommenen Naturen,
die auch hier erzeugt wurden, elend und talentlos zugrunde.
Jena war das Gefährden in dieser verdämmten und zugleich ver-
gifteten Luft.

Seit den ruhmreichen Kriegen des fernen Europa gegen die
französische Revolution stand es gerade auch bei den gebildeten
militärischen Fachschicht in Deutschland fest, daß die
ersten gemessenen Tatkraften, mit denen noch Friedrich Wil-
helm II. seine bekannnten Schrecken schlug, wechselliefen gegen
das Volk in Waffen, das die französische Demokratie darstellte.
Niemand ab sich fürwahr die nahe Katastrophe vorans, als
Dietrich von Bülow, ein Bauer des mit Denkmälern und
Straßenamen gesegneten Bismarck und Jena, wie es halb
förmlich geschickte er in seinen kritisch revolutionären Militär-
schriften das Schicksal von Bismarck und Jena, wie es halb
Bismarckheit ward. Dem unglücklichen, in allem Völkern und man-
cherlei Berufen ungetriebenen Mann befiel die Bismarck-
schickte. Zu Ehren gebieten vor Jena nur jene unpopulären
Reformer, die der berühmte Schicksalgedenker jene Lage, der
preussische General von Sedern, der den Vertrag seines ge-
legenen Lebens in den ebeno tiefsinnigen wie fähigen Satz zu-
sammenfaßt: „Jahr ist es vorgezeichnet, 76 Schritte in einer
Minute zu marschieren, aber durch weiches Nachdenken und
vielfache Beobachtungen bin ich dahin gekommen, anzunehmen,
daß 76 Schritte in der Minute noch besser seien.“ Das wahre
Musterbeispiel für alle die besonnene und maßvolle Inbe-
trachtlichkeit, die man im preussischen Deutschland als Inbegriff
staatsmännischer Weisheit ferner und verdrückt: 76 statt 76
Schritte in der Minute, und das Vaterland ist wieder bis auf
weiteres gerettet. So maßvoll war nun Dietrich von Bülow
durchaus nicht, und darum traf ihn die Kunde von Jena im
Keller der Berliner Hausboogie: „So geht es, wenn man die
Generale ins Gefängnis sperren und Dummköpfe an die Spitze
der Armee stellt.“ meinte der unverfrorenste Raboliner. Bald
darauf ist der Mann in Rußland verschollen. Es scheint, daß
der preussische König keinen Untertan auf Grund seines mit dem
Jaren geschlossenen Vertrags als incorruptiblen Staatsverbrecher
zur Verhaftung in die sibirische Eiswüste ausgeworfen hat;
auf dem Transport soll er an den Mißhandlungen der Kofaken
gestorben sein.

Solch Schicksal haben die heutigen Militärschreiber nicht mehr
zu befürchten. Größlich belegen wir den Strafvollzug jetzt im

eigenen Lande, und dann gehören in dem gegnerischen Deutsch-
land die wildwüchsigen Akteure von der Kaffe Dietrich von
Bülow nicht, wenigstens nicht in dem Gebiet der militärischen
Fachwissenschaft. Was deren Kerkel und Halsgericht leidet,
bewirkt heute ganz gerades das tausendfältige kapitalistische
Abhängigkeit, die auf jedem Gebiet der staatslich anerkannten
wissenschaftlichen Betriebsarbeit die allzu ungebörge Kritik zu
demüthiger Selbstbeschränkung zwingt; bewirkt die Angst der
Karriere, die Furcht vor Not und Desillusionierung.

Dennoch ist — ganz wie vor hundert Jahren — die Er-
kenntnis des Widerspruches zwischen einer technisch vollkommenen,
auf der Richtung vor der Perion und der Gleichberechtigung
aller beruhenden bewaffneten Demokratie und dem faktisch
gebliebenen Heer, das den Soldaten der allgemeinen Dienstpflicht
immer noch als die maßloseste Puppe des alten Söldner-
heeres betrachtet und behandelt, gerade in militärischen Kreisen
so weit verbreitet, daß die konfessionellen oder in die Salben-
reformierenden Heroldskompler der siegenden Armee sich der
wie immer gemäßigten Kritiker kaum noch erwehren können.

In der aktiven Armee hat man die Kräfte — kraft der
Rechte der Kommandogewalt — zum Schweigen gebracht. Hinge-
gen können die verehrtesten Offiziere noch ziemlich geräusch-
voll und schreiend sogar in den Zeitungen, in einer ganz
unlandesgemäßen Vuhlschaft mit der öffentlichen Meinung.
Man weiß, daß seit Jahren eifrige Bemühungen im Gange
sind, auch diesen „Gemeinen“ das Handwerk zu legen. Als
ein Mittel, was die unerschütterlich zu machen, die ihrer Ueber-
zeugung die Ehre geben, hat man die Ehrengerichte zu Hilfe
gerufen, und die haben denn auch prompt gearbeitet.

Das Recht auf vollständige Meinungsfreiheit auch für den
aktiven Offizier zu verlangen, so weit nicht auch die radikalsten
Vorkämpfer der Militärschicht nicht gelangen. Eigentlich sollte
man meinen, es sei gerade im Interesse der Armee, die un-
beschränkte Kritik der Jahre nicht nur zu dulden, sondern
auch zu fördern. Wie sehr man immer gegeben mag, daß im
Dienst der Offiziere Befehle auszuführen sind, so frei sollte sein
Recht des Wägners sein. Verbindet man trotzdem mit
allen Mitteln die kritische Minderheitsmeinung in der aktiven Armee,
so ist das der schärfste Beweis für die Unhaltbarkeit des
Systems, das seine Kritik bündet, weil es keiner Kritik stand-
halten kann.

Dagegen haben sich die verehrtesten Offiziere, schon durch
das Erwerbsinteresse gedrängt, mit einiger Energie das Recht
der freien Meinungsäußerung zu wahren versucht. Unter diesem
Gesichtspunkt war die Kampagne nicht ganz ungeschicklich, die
der Oberst a. D. Gähle gegen den Spinn des Ehrengerichts
führte, das ihm wegen einiger schriftstellerischen Offenherzigkeiten
den Offiziersdienst aberkannt hat. Gleichgültig wie man über
die persönlichen Qualitäten dieses Herrn denkt, der neuerdings
wieder den Frevler beugang hat, sich recht über die Ka-
ballerietatzen zu äußern, sein „Kampf ums Recht“ ist doch

eine Art Aufforderung gegen die feigende Macht des Militär-
absolutismus, die jeder freien Meinung wehren will.
Gähle hat in zwei Instanzen gesiegt. Die Entscheidung des
höchsten Gerichts steht noch aus. Das freisinnige Urteil
gründete sich darauf, daß die laienliche Vernehmung über die
Ehrengerichte vom 2. Mai 1874 rechtsunwürdig sei, weil sie der
militärischen Gegenseitigkeit entbehre.

Jetzt kommt nun in der neuesten Nummer der Deutschen
Zeitung die Besprechung des Kommerzienrathen Professor Jörn, der
immer zur Verfügung steht, wenn es gilt, ein realitäts-
gemäßes „Recht“ zu erörtern, und instruiert die höchste Instanz dahin,
daß der Herr Gähle zu Unrecht recht bekommen hat.

Zorn vertritt die Auffassung, daß der Mensch, der einmal
Offizier gewesen ist, jene Weisung unter der absoluten Komman-
dogewalt des obersten Kriegsherrn nicht, sofern er ent-
weder Pension oder Titel oder das Recht auf das Tragen der
Uniform begehrt hat. Nur wenn er keinen dieser drei Vor-
züge mehr genießt, wird er dem Wägnersrecht der Komman-
dogewalt entzogen. Jörn ist durch Gesetz vom 3. Mai
1890 die verabschiedeten Offiziere ausdrücklich der Militärg-
gerichtsbarkeit entzogen, aber das ist für Jörn kein Beweis, daß
sie nicht den Ehrengerichtshöfen und der Kommandogewalt des
Monarchen als „Militärpersonen“ weiter unterliegen. Jörn
gibt Jörn zu, daß königliche Verordnungen gegenseitig
werden müssen, aber jene Verordnungen sei eben jene Verord-
nung, sondern ein Kommandobefehl, und Kommandobefehle
bedürfen keiner Gegenseitigkeit. Warum aber ist der von
Monarchen ausdrücklich als Kommandobefehl? Weil es Herr
Jörn für seine Beweisführung so braucht. Da die Grenz-
wärtigen Verordnungen und Befehle nicht durch politische Rücksicht
gegogen ist, da andererseits der Befehl den Mittelpunkt des
ganzen Militärsystems nach der Natur der Dinge bildet, wird
ein Zweifel für den militärischen Befehl zu vermuten sein.

Es ist merkwürdig, daß „Beweisführung“ Jörn im einzelnen
nachzugehen, da ja für ihn die juristischen Formen nur ein
leeres Spiel sind zur Begründung eines im voraus für ihn
feststehenden Dogmas. Aber als Zeitsymptom sind seine Dar-
legungen nicht uninteressant. Sie laufen darauf hinaus, die
militärische Klasse noch angfährlicher auszupepern und dem Willen
des Monarchen noch mehr absolute Geltung zu verschaffen.
Wer nicht auf alle Rechte verzichten will, die ihm seine aktive
Dienstzeit gewährt hat, der bleibt zeitweilig ein Unfreier. So
wird die militärische Disziplin und das monarchische System
für den Offizier zu einer Art Leibeigenschaft. Keiner, der noch
irgendwie auf seinen militärischen Charakter sich berufen darf,
hat jemals die Möglichkeit eines unabhängigen Wortes. Das
ist die heutige Art, die Leute stürzlich verurtheilen zu lassen.

Wobei denn die Erinnerung genügt, daß die deutschen Heere
immer nur über verfallenen gerittenen Jährlings, nie aber
bisher über bewaffnete Demokratien gefügt haben! . . .

Winterfreunden.

Roman von S. Salomon.

18) [Nachdruck verb.]
Alle Anwesenden hatten mit großem Interesse die Aus-
führungen des Landrats verfolgt. Als und in diesen Tagen
den ihnen heilig ist dem Hofe. Jüngers wieder schickten
auszugehen und verriet mit allen Demonymen Jörn in Jand
zu gehen, damit unter Ort bald in die Reihe der deutschen
Städte eingegliedert wird. Deshalb: hinweg mit dem starken
Gegensinn. Wir wollen gerade heute dem Herrn Landrat gegen-
über uns als ein einheitliches Ganze zeigen.
Die Großbären aber, es waren ihrer sieben im Rate ge-
wesen, hatten jedoch die Rede ruhig lächelnd Landrat zu
warten, deuteten gerade auf kein Entgegenkommen hin. Wie
aber der Schmied geradete hatte, da murzte der Bauer Jürgens
heraus: „Ich möcht auch mal was dazu sagen!“
Alle riefen sich unmerklich wieder einander heran, und eine
spannende Erwartung bewältigte sich bei Winterfreunden, denn
die großen Augen des Bauern allig einem verdammten
Gewitter, das jede Minute zum Ausbruch kommen mußte.
Der Bauer schmeigte sich erst noch einmal, um dann mit
verhaltener Stimme anzurufen: „Es ist alles ganz gut und
schön, uns da der Herr Landrat vorgeführt hat, doch wir
Bauern sehen für uns gar keinen Nutzen dabei. Wenn der
Herr Graf sagt, daß unser Boden kein Waldhorn mehr ge-
hennt in zum Zerfall noch mal, warum sollen wir denn
beim jehänen Zerfall nicht schon den Nutzen im voraus davon
haben? So meinen wenigstens meine Nachbarn hier. Ich
aber, Herr Landrat, ach! Ihnen heute die Erklärung ab-
weil man mich, den Bauern Jürgens, mit Gewalt zwingen
will, von meinem Grund und Boden etwas herzugeben, doch,
so lang noch ein Wintersturm in meinen beiden Äuften weht,
ich niemals auch nur das kleinste Stückchen Land herausge-
b.“ „Mein Land,“ rief er, „dabei mit dröhnender Stimme aus,
indem die beiden Häupte mit furchtbarem Gewalt auf die Tisch-

platte faulen, das gehört mir, mit allein! Und wenn jetzt
der Kaiser daher kam und was davon forderte, ich gab's ihm
nicht! Auf dem Sterbeshell von meinem seligen Vater, da hab'
ich ihm geschworen, daß der Hof so bleibt wie er ist. Wenn
ich ein Stück Land dazu erwerbe, so ist's besser! Aber immer
darf ich das kleinste Stück vom Hof lassen. So hab' ich's ge-
schworen und so hat' ich's! — So, nun wissen's, Herr Land-
rat.“
Eine brüllende Stille herrschte nach dieser Rede des Bauern.
Selbst dem Grafen war es etwas unheimlich geworden. Eine
solche irrtliche Willehmung seitens eines Bauern hatte er doch
nicht erwartet. Hier galt es jetzt, seine Autorität diesem
Manne gegenüber zu beweisen. Deshalb erwiderte er die dem
Winterfreunden: „Gut mal an, Herr Landrat, rief er mit verdammtem
Spott. Schmelztemer müchten's nicht wohl noch! Ra nee,
so lamm fin wir denn doch auch nicht. Es ist gar noch nicht
so lange her, wo uns der Herr Landrat sagte, daß dem Bauer
sein Land für immer und ewig erhalten bleiben muß. Dafür
würde schon meine Regierung sorgen; denn hat der Bauer
Geld, da hat's die ganze Welt. Jetzt heißt's auf einmal, erst
kannst die Industrie damit, dann ist's noch mal, und dann
kommt erit der Bauer. Aber toll's, Herr Landrat, rief er
mit giftigem Blick diesem zu, „wenn man so'n liebes Schwi-
gerjohn als Vorkämpfer der Jüderarbeit hat, denn die Wahn lo
recht mangelgerecht war, da kann man sich schon ins Jang legen.“
„Ja, Herr Graf!“
Bei dieser stöhnlichen Aufschuldung wendete der Landrat
sich die Hände. Doch wußte er sich gefaßt und rief dem
Bauer drohend zu: „Jürgens, Jürgens! Habt Eure Jugend!
Meine Familienangelegenheiten haben hier gar nichts mit dieser
Sache zu tun und gehen Euch nichts an. — Weil Ihr aber
meint, im Recht zu sein und darauf pocht, so will ich Euch

bald beweisen, daß Ihr Euch in einem grenzenlosen Irrtum
befindet. Ihr wollt den Kampf! Nun gut. Ihr sollt ihn
haben!“
„Echon recht, Herr Landrat“, höhnte der Bauer. „Wollen
leben, ob's noch eine Gerechtigkeit in unserem Lande gibt.
Woh das eine lag ich schon bereit, wer es want, meinen Grund
und Boden ohne meinen Willen zu betreten, denn, Herr Graf,
geh's schlecht! Sehr schlecht! — Und gibt's ein Unglück,
dann, Herr Landrat, sind Sie mit dran schuld! — So, das
ist mein letztes Wort, und nun tut, was Ihr wollt. Ich geh'
Damit nahm er seinen Hut und Stod und verließ, gefolgt
von seinen Freunden, mit kurzen Gruß das Zimmer.“
Die zurückbleibenden Ratsmitglieder saßen sich nach diesem
unerwarteten Kurve entgegenförmig hilflos an. Einen solchen
Ausgang dieser Sache hatten sie nicht erwartet und konnte
auch keinem einwirkelt sein. Denn daß und Jüderarbeit
wollten sie in ihrer Gemeinde auf keinen Fall haben. Bisher war
immer jeder Jant und Streit ganz gemächlich geschickelt wor-
den. So etwas aber wie heute war denn doch nicht dage-
wesen. Sie kannten den Bauer Jürgens nur zu gut und wußten
auch, wenn es zum Neuen Jürgens, es sehr wahrscheinlich
sich ein Unglück im Dorfe geben würde.
Solche und ähnliche Gedanken beschäftigten die verduht
brüllenden Mitglieder, und als ob der Landrat diese Gedanken
erriet, brach er entschlossen das dumpe Schweigen. „Solch
ein unbändiger Trotz mag auf jeden Fall gebrochen werden“,
rief er pathetisch aus. „Wo würde denn das hinführen, wenn
jeder tun und lassen wollte, wie er das wünscht. Ihr seid
trage ich Euch, ob Ihr gekommen seid, das Entlassungs-Ver-
fahren bei der Regierung zu beantragen oder nicht. — Ihr
wist ja nun selbst, was von dem Wahnbaue alles abhängt.“
Der Schullehrer sagte sich verlegen hinterm Ohr und meinte:
„Ja, Herr Graf, wir hier waren bisher alle dafür. So aber
sich nicht alle das wünschen, wie er das wünscht. Wir sind
aber immer in Ruhe und Frieden zusammengeblieben. Wenn der
Jürgens seine Drohung ausführen würde, was dann, Herr
Landrat?“
„Ei, c.“ lächelte dieser ironisch. „Daß Ihr Euch von einem
einzigen Bauern so ins Wackeln jagen, daß Ihr gleich zu
Streite kriecht?“
(Fortsetzung folgt.)

Gesandten Schwarzlappen an Panjagardi vom März 1894, in dem die Stelle vorkommt: Denn D. . . hat mit viel interessanten Dinge mitgeteilt. . . der Buchstabe D. etc. nachfolgend hingeführt worden ist, nachdem der Buchstabe P. nachgedruckt worden war. Auf einem Briefe Panjagardi an Schwarzlappen hat Dreyfus das Datum gefälscht, um es glaubhaft erscheinen zu lassen, daß das betreffende Schreiben von Dreyfus stammt. Der General Mercier hat nun in Rennes behauptet, daß dieser Brief mit dem gefälschten Datum aus dem besagten Aktenschiebe gewesen ist, welche im Dezember 1894 dem damaligen Kriegsgericht gefehlt, ohne Kenntnis des Angeklagten und seines Verteidigers vom Generalfeldzeugmeister worden waren und die vor allem zur Verteilung des Dreyfus gefälscht hatten.

Diese Ermittlungen wurden vom damaligen Justizminister Balth von Kallionssoffe unterbreitet und dieser beschloß, eine Revision des Prozesses vorzunehmen. In den Jahren 1904-05 haben sehr eingehende Vernehmungen stattgefunden; u. a. sind die Generale Mercier, de Boisdeffre, Zurlinden, Wallgraf sowie die bekannten Generalleutnants Picquart und Antmann, die viel zur Enttarnung der Fälscher beigetragen haben; ferner noch viele Zivilpersonen, unter diesen auch Sauris, vernommen worden. Dagegen lehnte es der Kassationshof ab, die fremden Offiziere Schwarzlappen und Panjagardi zu vernehmen. Erst nach und nach lehnten es ab, vor dem Gericht zu erscheinen. Das Aktenbündel umfaßt 380 Stücke; der Prozeß dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen und wie man allgemein annimmt, mit der gänzlich freisprechenden des Dreyfus enden. Die erste Sitzung vor dem Kassationshofe fand gestern mittag statt. Der Vorsitzende war nicht dabei. Der Vorsitzende teilt sofort dem Verteidiger des Dreyfus, Altmatt Norman, das Wort. Dieser forderte die Aufhebung des Urteils ohne Verneinung vor ein neues Gericht. Dreyfus, so sagte er, war das Opfer Eitelgeizs und Hensches.

Schweiz. Die Wahlreformbewegung und die Gewerkschaften. Die Vertrauensmänner der Wiener Gewerkschafts-Organisation haben in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt, der Proklamation der Parteivertrieder über die dreitägige Arbeitsruhe in Wien vollständig zuzustimmen. Sie haben sich ferner verpflichtet, sofort die notwendigen Vorarbeiten zu beenden, um auf das dem Zentralratte gegebene Signal sofort die Arbeitsruhe in der Durchführung zu bringen. Die Eisenbahner haben in einer Massenversammlung besonders Stellung zu der Frage genommen. Unter hundertwärtigen Teil wurde auch hier beschlossen, erforderlichenfalls sofort in den Generalstreik einzutreten. Die Eisenbahner sind sich wohl bewußt, daß in einem solchen Kampfe gerade sie die ausschlaggebende Rolle zu spielen haben würden. Auch die Bäcker und andere Berufe bezeichnen sich auf den Kampf vor.

Schweden. Klassenjustiz gegen den Antimilitarismus. Wegen einiger Meinungen in einer antimilitaristischen Versammlung die Anfang April im Volkshaus zu Stockholm stattfand, hat das Stockholmer Kantonsgericht am Freitag den Sozialisten diese Verlegen zu zehn Monaten Gefängnis und seinen Mitangeklagten A. Palmström zu drei Monaten verurteilt. — Die beiden sollen in jener Versammlung verurteilt haben, zu Ungunsten gegen Gesetz und geistliche Behörden zu verurteilen. Die Verurteilung geschah auf Grund des alten Strafgesetzes — die kürzlich vom schwedischen Reichstag beschlossenen schärferen Strafbestimmungen waren hier noch nicht maßgebend. Diese Verurteilung ist ein Beweis dafür, daß es bisher keineswegs an einer Handhabung fehlte, um gelegentlich mit der ganzen Brutalität der Klassenjustiz gegen antimilitaristische Agitatoren vorzugehen, die Verurteilung des Strafgesetzes also überflüssig war.

Schweiz. Der Bundesrat hat der Bundesversammlung den Entwurf eines Gesetzes gegen die antimilitaristische Propaganda vorgelegt, nach dem die Verteilung militärischer oder dienstpflichtiger Zeitungen mit Gefängnis bestraft werden soll. — Die Schweiz muß natürlich alle Dummheiten anderer Staaten nachmachen.

Zur Revolution in Rußland.

Die Duma legte am Montag die Beratung der Agrarfrage fort. Die Wägen in der Duma sind neu verteilt worden. Auf der äußersten Linken sitzt die Arbeitsgruppe; ihr schließen sich die konstitutionell-demokratische Partei und ein Teil der Unionisten an. Im Zentrum haben die parteilosen Abgeordneten Platz erhalten. Weiter rechts sitzen die Polen und der andere Teil der Unionisten. Die rechte Seite ist von den Gemäßigten besetzt.

Die Kadettenpartei erörterte am Montag die Frage, ob die Duma ihre Tagung für die Sommerferien unterbrechen solle oder nicht. Es wurde einstimmig beschlossen, den ganzen Sommer durchzuarbeiten. Die Meldung der Nowoje Wremja, daß die Partei ein viel höheres, ja sogar revolutionäres Programm aufzustellen beschloßen habe, wird als unrichtig bezeichnet.

Die Solbateska soll nach einem Telegramm der Rön. Zeitung gegen die Duma aufgegeben werden. Es werden bestimmte Generale und Stadsoffiziere genannt, die beauftragt seien, in geeigneten Augenblick die Duma mit Bajonetten auseinanderzujagen.

Der Schwärzmann des Wlades stellt sich, daß in der letzten Woche allein 67 Meldungen über Bauernunruhen aus den verschiedenen Gegenden Rußlands in Petersburg einliefen. Einige Dutzend Telegramme über Morde und Plünderungen von Kirchen und 24 Brandentzündungen an einem Tage in in Warkau vervollständigen das Bild.

Armeen werden gebildet aus einer ganzen Reihe von Städten. Auf den Befehl des Ministers des Innern, Truppen zum Schutz der Landgüter abzusenden, antwortete der Gouverneur von Wolhova, dies sei unmöglich, da die Truppen unzuverlässig seien und die erste Gefahr bestünde, daß dieselben mit den Bauern gemeinsame Sache machen würden.

Die Matrosen und Marineoldaten in Kronstadt meutern. Es sind aus dem Lager von Kronstadt sechs Bataillon abgegangen: das Leibregiment-Grenadier und das Wolhowsk Regiment sowie zwei Bataillon der Garde-Artilleriebrigade mit 12 Schnellfeuergeschützen, ferner aus dem benachbarten Danienbaum zwei Maschinengewehr-Kompanien mit 22 Maschinengewehren.

Den Revolutionären angegeschlossen hat sich das 14. Infanterie-Regiment in Odessa. Zehn Offiziere und 100 Mann wurden verhaftet. Andere Meuterer erkleimten sich in Kiew, Kischinew und Belarussien. Überall mehren sich die Anzeichen, daß die Unzufriedenheit der Armee nicht mehr gedämpft werden kann.

100 Tote und über 200 Verwundete sind der Erfolg der von der Polizei angeführten Beunruhigungen in Wlajstok. — Auch in anderen Städten sind Juden getötet und ihre Wunden ausgekratzt worden.

Stadtratsordnen-Sitzung

vom 18. Juni 1906, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzer: Prof. Dittnerberger.

Eingänge: Ein Stenographen-Bericht über einen Vortrag über Stenographie, Betreffend z. B. eine Petition des deutsch-nationalen Handlungsgewerksverbandes fordert weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe. Die Eingabe wird der Petitionskommission überwiesen. — Unfalltod ist u. a. der Stadtr. Seige. Zum Protokoll wird die vorige Sitzung bemerkt. Stadtr. Thiele, ein der folgenden Stadtratsverordneten seien darin nur mit ihrem Namen bezeichnet, andre dagegen mit ihrem Titel, so figurieren neben dem einfachen Agmann, Gerh. Kallmann und der Geh. Kom. Rat Lehmann der Geh. Bauart. Red. Es bedürfte hienichtlich nur dieses Vortrags, um den Titelsohn zum Verwischen zu bringen. Solche Schriftmengen könnten sich für eine Stadt von 1700 Einwohnern, nicht aber für eine mit 17000 Einwohnern.

Debatte genehmigt wird eine Entlastung der Rechnung der hiesigen Handelsschule für Mädchen, die Umlage von Haus- und Regenwasserleitungen verschiedener hiesiger Grundstücke und die Anbahnung des Marktplatzes in der Reiterstraße.

Für die Errichtung des städtischen Amtes werden beabzogen 9000 M. bewilligt. Stadtr. Thiele erhebt, für die Neueinrichtung eines Dezerenten auszuwählen, der nicht bereits mit Arbeiten überladen sei. Denn namentlich in den ersten Jahren erfordert ein städtisches Amt volle Kräfte.

Der endgültige Bewilligung von 88500 M. für Reupflanzungen und Bürgersteig-Verstellungen wird nach kurzer Debatte zugestimmt.

Ueber die Anstellung von Bau-Kontrollleuten referierte Stadtr. Grote. Der Magistrat hatte anfangs vier Polizei-Sergeanten als Kontrollleute anstellen wollen. Da diesen Leuten aber nach langer Dienstzeit beim Militär die praktischen Kenntnisse mangeln, erklärte sich der Magistrat mit der Anstellung von zwei weiteren Bau-Inspektoren einverstanden.

Stadtr. Emmer geht auf den Antrag — das Baumaterial in der Glauchastraße — ein und erklärt, was der Magistrat und die, bei lange das nicht, was in den Kreisen der Arbeiter und von der Arbeiter-Schutzkommission verlangt werde. Gegen die Forderung der Arbeiter wird geltend gemacht, daß Bau-Schlichte im Sinne der Petenten nicht einzuführen werden können, weil die Regierung den geforderten Bau-Kontrollleuten keine Polizeigewalt übertragen würde. Es besteht aber die Gefahr, daß die technischen Bau-Inspektoren mit Arbeiten beauftragt werden, die für Konzepte sehr wenig zu tun haben. Kann nicht durch die Anstellung von zwei weiteren wärtig Bautechniken sehr schwer zu bekommen sein. Wenn man sich auch von den zwei Kontrollleuten nicht viel verspricht, so wird doch der frühere Zustand etwas gebessert.

Stadtr. Grote: Der Magistrat hat zwei Bauinspektoren für auszuwählen beabsichtigt. Dieser Vorgang tritt Bürgermeister Dr. Rine entgegen, der das hinmietet dem Dezerenten, Stadtr. Dr. Büch, einen Antrag auf Bewilligung für drei Inspektoren gestellt hatte. Nur vorläufig wollte man verziehen mit zwei auszukommen. — Stadtr. Thiele wünscht, daß die Inspektion, die die Inspektoren bezüglich der Baukontrolle bekommen dem Kollegium vorgelegt werden. Dr. Rine vertritt, daß die Inspektoren werden eine eigene Inspektion bekommen, mit der die Stadtratsverordneten zuzurufen sein werden. Zu genehmigen habe das Kollegium im Punkte der Polizeigewalt nichts; da müsse man schon dem Magistrat geben, was das Magistrat will. — Die Bauinspektoren werden genehmigt.

Der Fischhaken-Beziehung für das Grundstück Lange-straße 17 wird zugestimmt.

Für die Anweisung der Wohnung des Oberpfarrers der Kirche St. Wozis werden von der Stadt 2700 M. verlangt. Stadtr. Dierburg wendet sich gegen die Forderung, da er und seine Freunde für fröhliche Zwecke privatisiert nicht übrig hätten. Wie komme die Stadtkasse dazu, für solche Zwecke Geld herzugeben? Man sollte sich doch solche Verpflichtungen von Hause aus vermeiden. Bürgermeister Dr. Rine: Ja, es gibt geistliche Bestimmungen, nach denen man sich von den Patronatspflichten loskaufen kann. In Breslau und andern Städten hat man dies verurteilt, aber die Kirchen haben da ungemein hohe Forderungen gestellt. Stadtr. Thiele: Die Kirche hat eben einen guten Mann.

Die Veranschlagung bewilligt die 2700 Mark.

Ohne Debatte wird die Einrichtung des elektrischen Betriebes für den eiernen Vorhang in Stadtheater mit 3500 M. gutgeheißen. — Dem Antrag eines Aderlans für die Wasserwerk und der Ueberänderung des städtischen Bebauungsplanes wird zugestimmt. — Einem Antrag auf Bewilligung für das Elektrizitätswerk wird zugestimmt. Desgleichen dem Antrag auf Verkauf des Hofplatzes an den Bauern der Leitziger Chauffeur.

Polensthe.

In Anerkennung der patriotischen Bestrebungen des Deutschen Dinarer-Vereins wird vom Magistrat beantragt, diesem Verein wie andere Städte mit einem Jahresbeitrag von 100 M. als Mitglied zu empfangen. Der Antrag wird einstimmig die Forderung namens der Finanz-Kommission.

Stadtr. Döhler erklärt, daß die Finanz-Kommission jenen Beschluß nur mit 4 gegen 2 Stimmen gefaßt habe. Wenn es auch nur 100 M. sind, die verlangt werden, so möge man den Betrag nicht bewilligen. Der Dinarer-Verein ist ein patriotischer Verein und hätte nicht bewilligt, die Politik in der Weise in das Kollegium hineinzutragen. Der Dinarer-Verein will die Polen beschützen und hat mit seinem ungeheuren Tun das Gegenteil bewirkt. Obenwogen wie es Bismarck gelang mit Gewaltmitteln die Sozialdemokratie zu unterdrücken, so wird es auch der Regierung nicht gelingen in der jetzt eingeschlagenen Weise die Sozialdemokratie zu unterdrücken. Den besten Beweis für die verheerenden Maßnahmen der Regierung liefert die letzte Reichstagswahl in Preußen.

Stadtr. Thiele: Die Vorlage beruht auf den patriotischen Zweck. Was haben wir aber als Stadtratsverordneten-Kollegium mit der Sache gegen die Polen zu tun? Wie kann man im Namen des Patriotismus einen Volkstamm beschützen wollen, der nicht aus eigenem Antriebe sich Preußen angeschlossen hat, sondern angetrieben worden ist? Die Eigenart der polnischen Nationalität, für die ich persönlich nicht allzu viele Sympathien hege, ist genau so deutsch, wie die deutsche. Mit dem Volkstümlichkeit liegt das in der Natur. Die Polen können nicht auskultiviert werden. Wie die preussische Volkstättigkeit in Schlesien gegen die paar Tausend Dänen, im Einklang gegen die Franzosen schief gebildet hat, so wird sie auch im Osten gegen die Polen nicht ererben können. Unter keinen Umständen dürfen wir uns an der Polensthe beteiligen. Die Regierung hat schon Hunderte von Millionen zu den Polen zu tun; sie liegen in der Luft aber nur, wie Solange Döhler richtig hervorhob, nur die Polen zu noch festerem Zusammenhänge gebracht. Und wie machens die verdrängten deutschen Jünger im Osten? Wenn ihnen ihre Güter nicht zu unverständigen Preisen von der deutschen Regierung abgekauft werden, verkaufen sie liegen in der Luft zu noch höheren Preisen an die jüdischen Vertikaler. Einem Interesse am Erhalten deutschen Besitzes haben, dann haben wir erst recht keinen Anlaß, das deutsche Drangvergnügen in den Dinarer zu unterstützen. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß wir den Betrag ablehnen. Nicht auf seine Höhe kommt es an, sondern auf die Richtung. Die Duma kann nach dem Betrage, das hier die Sozialdemokraten und die Preussentüger die übergröÙe Mehrzahl haben. Alle diese Bürger wollen

nichts von dem Sozialismus wissen. Wir würden froh sein, selbst wenn prinzipiell nichts gegen die Bewilligung einzuwenden wäre, gegen den Willen der Bürgerlichkeit handeln, wenn wir die Vorlage annehmen.

Stadtr. Thiele: Die Herren Thiele und Döhler kennen die Polen nicht. Ich kenne die Polen aus eigener Erfahrung. Nicht die Deutschen haben die Polen aus dem Lande vertrieben, sondern umgekehrt haben vor vierzig Jahren die Polen die Deutschen aus dem Lande vertrieben. Die sogenannten Sozialisten haben den Deutschen die Polen haben feinerzeit ihre Väterland verraten. Wir wollen keine Politik treiben, die Döhler ist im Volkstum nicht als Freimüthiger und Herr Thiele nicht als Sozialist gerühmt. (Lachen des Stadtr. Thiele: Und Sie nicht als Sozialist!) Wir sind Stadtratsverordnete. Herr Red. erklärt dann eine Entschloß, wie ihn die Polen einmal als Panzerarmee unarmt und als Panzerarmee gefeiert haben. — Erster Bürgermeister Rine: Gemüß sollen wir uns mit Kollegium von der Parteipolitik fernhalten. Die Befähigung des Großkollegiums ist aber keine Politik, da der Dinarer-Verein gewissermaßen kein politischer Verein ist. Wie kommen wir dazu, sagt Herr Thiele, diese Unterfertigung der Polenbeschimpfung mitzumachen? Diese Freie ist falsch gefaßt. Sagte Herr Thiele, wie kommen wir Sozialdemokraten dazu, dann wäre die Frage richtig gestellt. Wir Deutschen werden uns unter Deutlichkeit nicht rauben lassen und wissen, was wir unter nationalen Gesetzen schuldig sind. Gewiß haben die Polenbeschimpfung schon Fehler gemacht werden. Wir Gallier sind nicht zu Schluß und haben die Verdrängung der Deutschen nicht. Handelt es sich aber darum, die Deutschen zu helfen, dann sollte doch die Stadt Halle nicht fehlen.

Wortführer Professor Dittnerberger: Ich bin anderer Meinung, denn der einen oder anderen Ansicht entgegenzusetzen zu wollen. Hier handelt es sich um die Illusion, daß es eines politischen Vereins, denn ein solcher Parteiverein ist der Dinarer-Verein. Es gibt im Deutschen Reich keine Partei, die nicht einmal zu dieser oder jener Zeit — und die sozialistische Partei ist da nicht ausgeschlossen — als Partei existiert. Wenn die Partei nicht existiert, so ist der Prinzip kann ich deshalb nicht für die Forderung stimmen. — Stadtr. Spangenberg stellt sich als Vorstandsmitglied des Dinarer-Vereins der Ortsgruppe Halle vor und legte, man müsse den deutschen Brüdern helfen, die von den Polen bedrückt werden.

Stadtr. Döhler: Wenn man jetzt gegen die unannehme Polenbeschimpfung auftritt, dann möchte man uns als Reichsfeinde kempfen. Herr Spangenberg hat keine Meinung, wenn er sagt, der Dinarer-Verein helfe den kleinen Geschicklichen. Stadtr. Thiele: Es ist wunderbar, daß diese einseitige Parteipolitik, die uns angemetzt wird, auf einmal keine Politik mehr ist. Wenn wir die Polen für uns gewinnen, so mag das geschieden dadurch, daß wir sie für unsere Kunst, für unsere Literatur und Wissenschaft begeistern; durch den Volkstümlichkeit übergeht man niemanden. Wenn Herr Rine sagt, wir „Deutschen“ in Halle dürfen nicht zurückbleiben, so sage ich: Gerechtigkeit geschieht in Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, sagt aber den Stadtr. Thiele in Halle. Wenn die deutschen Brüdern den Kampf gegen die Polen für gerecht halten, so mögen sie ihn führen. Als Gemeinde sind wir dagegen politisch partisch. Es wäre eine schwere Ungerechtigkeits, wollten wir uns als städtischen Mittel zu denen auch die hiesigen Polen beitragen müssen) und als eine Partei empfinden.

Stadtr. Thiele: Ich habe dem „Deutlichkeit“ das Wort. Die Polen haben erst in der Agitation mit der Gründung des Patrionatsklub vor uns begonnen und als Gegenstück hierzu haben man den Dinarer-Verein gegründet.

Stadtr. Thiele: Welches Gewicht würde sich bei den deutschen Brüdern erheben, wenn in einer Stadt ein politischer Verein Mittel zur Befämpfung des Deutlichkeit bewilligt würden. Was uns aber an den Polen nicht gefallen würde, dürfen wir nicht selbst tun.

Der Magistratsantrag wurde schließlich mit 25 gegen 20 Stimmen angenommen. Den Sozialisten werden somit zur Polenbeschimpfung 100 M. gezahlt, und die Stadt wird Mitglied des Dinarer-Vereins.

Ohne Debatte wird der Antrag an den Bauherrn vom Grundstück Seebenerstraße 5, zu 20 2/3 M. von Quadratmeter gutgeheißen, und die Verteilung der im Jahre 1905 aufgenommenen Warenaussteuer (18400 M.) gutgeheißen.

Für die **Waldholzungshütte** in der Heide verlangt der Magistrat 1000 M. — Stadtr. Emmer beantragt, da es sich um eine Erweiterungsanlage, diegehalt für Frauen z. handelt, 500 M. mehr, also 1500 M. zu bewilligen. Die Einrichtung der Hütte wird von dem Dinarer-Verein beantragt. Der fagenannte Mittelschule angehören. — Stadtr. Lepelmann sagt, die Leitung des Vereins hätte nur 500 M. mehr als bisher, also 1000 M. verlangt. Er habe nichts dagegen, wenn mehr bewilligt werde; man bleibe doch aber nicht mehr an, als verlangt werde. Die Stadtr. Dierburg und Thiele erklären, Stadtr. Lepelmann befände sich im Irrtum, die Leitung der Schulungshütte habe wohl mehr verlangt. — Stadtr. Lepelmann betreibt, daß er sich nicht habe. Stadtr. Dr. Herzog tritt warm für den Antrag Emmer ein; das Kollegium lehnt aber den Antrag Emmer ab und stimmt nur dem Antrag des Magistrats zu.

Gegen die Bewilligung eines Ehrenpreises für den Saal-Regatta-Verein (300 M.) wendet sich Stadtr. Dierburg mit dem Hinweis, wer Sport treiben wolle, solle dafür auch aus seiner Tasche bezahlen. Auch bei dem Verein der Möbel-Transporteure hat man sich ablehnend verhalten. Damals handelte es sich mehr um wirtschaftliche, jetzt nur um Sportverhältnisse. Hiergegen ist es natürlich nicht angebracht, durch Bewilligung von Ehrenpreisen den Sport zur Gesundheitschädigung herauszufordern. — Die Stadtr. Meyer und Diergler sprachen sich für die Bewilligung, und das Kollegium stimmte schließlich gegen die sozialdemokratischen Stimmen zu.

Zur Veranlassung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege werden die Stadtr. Segau und Grote beauftragt.

Wegen Anbringung eines Schaufensters in der Seebenerstraße 21 parteiisierte ein Bürger. Die Petitions-Kommission hat sich ablehnend verhalten. Währendem der Referent dies vorträgt, teilt Stadtr. Dr. Büch mit, daß er die Anbringung längst genehmigt habe. (Beifall.) Die Sache ist damit erledigt.

Gegenüberung zur Anstellung einer Klage wird erteilt, und die übrigen Punkte werden verlegt.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Wolfenbuter in Halle.

Habt Eure Kinder lieb!

Uermete niemand seinen Sohn oder seine Tochter als Dienstbote, Knecht, Magd oder dergleichen, ohne dass er ausdrücklich und schriftlich eine jederzeit beiden Teilen freistehende vierzehntägige, höchstens vierwöchentliche Kündigung mit der Dienstherrschafft vereinbart.

Zur Lage in der Zeiger Holzindustrie.

Es kann wohl nicht schaden, wenn von Zeit zu Zeit einmal die Lage und die Arbeitsverhältnisse der Zeiger Holzarbeiter einer öffentlichen Kritik unterzogen werden. In Zeig sind besonders die Kinderwagen- und Piano-Fabrikation in der Saison gekommen. Bei beiden Industrien wurde mit der Saison gearbeitet. In der Kinderwagen-Fabrikation wurde der Geschäftsgang schon vor Ostern ein flauer. Für beide Branchen ist jetzt die schlechteste Zeit. Dies wird auch am besten dadurch bewiesen, daß am Orte ein ganz bedeutender Abgang von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes durch Abreise zu verzeichnen ist. Seit dem 1. Januar d. J. sind abgereist: 49 Fischer und Instrumentenmacher, ein Drechsler, ein Maschinenarbeiter, vier Stellmacher und acht Schmiedes. In der Zeig-Linie wird die Holzindustrie von schlechtem Geschäftsgange heimgesucht, weil jetzt wieder die geachteten Kinderwagen-Fabrikanten verschwinden und denen aus Holz oder Pappe Platz machen. Am letzten sind auch keine Holzverkäufer mehr vorhanden.

Natürlich wird von den Unternehmern die Zeit des schlechten Geschäftsganges dazu benutzt, sich „mittlere“ Zeiten von Halle zu schaffen. Maßregelungen und Entlassungen sind jetzt an der Tagesordnung. So wurden zum Beispiel bei der Firma Wunsch & Pöschel vier Kollegen wegen der Missetat gemahnt, darunter der Kolleger unserer Zeitschrift, welcher seit sieben Jahre dort beschäftigt war. In dieser Fabrik soll jetzt die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich herabgesetzt werden. Natürlich sind die Arbeiter nicht aus sozialpolitischen Gründen auf diesen Gehalt gekommen, sie tun es nur, weil ihr Geldbeutel in Frage kommt. Bei flotten Geschäftsgängen werden sie dann wieder zehn Stunden und noch länger arbeiten lassen.

In einer anderen Fabrik erhielten zwei Obmänner der Holzarbeiter-Sektion ihre Kündigung. Nachdem der eine die Arbeit verlassen hatte, ging die Kündigung des anderen zurück. Bei der weit „berühmten“ Firma Röhler, wo sonst sehr streng auf die Einhaltung der Kündigungsfrist geachtet wird, können jetzt die Holzarbeiter als Arbeitsverhältnisse jederzeit aufheben. Eine Beförderung für die Holzarbeiter-Truppe tritt erst wieder zum Oktober ein, wenn die Fabrikation der Puppenwagen beginnt.

In der Piano-Fabrikation wird erst im August ein besserer Geschäftsgang eintreten. In Drechsler, welche einen wichtigen Faktor in der Holzindustrie-Fabrikation bilden, ist infolge Einführung des modernen Stills bei Piano-Fabrikation und durch die Aufstellung von Fabrik-Drechsler, gemäßigten Lohnes vorhanden. Die in dieser Branche beschäftigten Fischer haben jetzt ebenfalls unter alternden Beschwerden zu leiden. Wo allen tut sich hierbei der Fabrikant Lieblich hervor. Trotzdem die Zahl der Fischer in diesem Herbst um fast die Hälfte reduziert ist, entließ derselbe am Sonnabend vor Pfingsten plötzlich einen Fischer ohne Angabe von Gründen. Er zahlte ihm sogar den erst halberhobenen Lohn voll aus! Was heißt nun der Fischer, wenn er gar nicht weiß, um so schnell wie möglich los sein wollen und deshalb auch sein Geld nicht scheute? Er hatte das unerhörte Verbrechen begangen, im Betriebe des Herrn L. die Holzarbeiter-Zeitung zu verbreiten und Beiträge für den Verband einzulassen. Auch war er für die Feier des 1. Mai eingetreten. Die drei Gründe haben Herrn L. bewegen, sich Recht als „Herr im Hause“ durch die Entlassung des Sünders zu beweisen. Die dort beschäftigten Kollegen werden Herrn L. aber noch zur richtigen Zeit die Antwort zukommen lassen.

Während man so bestrebt ist, den erwachsenen Arbeiter nach Möglichkeit zu schikanieren und los zu werden, sucht man auf der anderen Seite nach billigen und willigen Arbeitern. Viele meint man in den Betrieben gefunden zu haben. Ein besonders krasser Fall von Leistungsabwärtung ist die Firma von Montag (H. B.) in Zeig, die einen Arbeiter von den Beständen Berg kauft. Ein Lehrling aus der Möbel-Fabrik des Herrn Reichardt, Fränkische, und ein Schulfahrer, waren bemüht, einen Möbelschrank, mit Matrizen versehen, den Berg hinaufzuführen. Es war den beiden nicht möglich, den

schweren Wagen hinaufzuführen. Erst als ein dritter Junge hinzukam, ging es vorwärts. Es wäre auch sehr angebracht, wenn der genannte Betrieb Sonntags einmal von der Polizei kontrolliert würde. Richtig ist das sehr.

Aus allen angeführten Tatsachen werden die Kollegen der betreffenden Branchen ersehen, daß es jetzt nicht angebracht ist, Zeig als Reiseort zu wählen.

Trotzdem seit Januar etwa 70 Kollegen abgereist sind, ist unsere Zahl nicht zurückgegangen. Das ist ein erquickliches Zeichen dafür, daß die Zeiger Holzarbeiter ihre Lage mehr und mehr erkennen lernen. Im Anfang des Jahres waren elf weibliche Mitglieder organisiert, jetzt sind es bereits 40. Um diese Zahl noch weiter zu erhöhen, soll in der Kürze eine öffentliche Verkleinerungs-Veranstaltung stattfinden. Hierzu mögen die Kollegen schon jetzt agitieren.

Den Mitgliedern aber rufen wir zu, werde jeder Aktiver, helfe jeder an der Stärkung und Festigung der Organisation, damit auch für Zeig bald bessere Zeiten anbrechen.

G. H.

Zeit-Weissenfeller Braunkohlenzeiger.

Die Auszahlung ungeheurer niedriger Löhne nach dem Streit, sowie teilweise provokatorische Äußerungen einiger Beamten den Arbeitern gegenüber, in Verbindung mit dem Bestreben der offensichtlich durch die Durchbrechung der bewilligten neunwöchigen Schlichtung zu machen es mit sich, daß Verjährungsverhandlungen der verschiedenen Werke und Gesellschaften stattfinden, um Stellung dazu zu nehmen. Fast überall vertreten die Kommanden die Ansicht, daß dieses Vorgehen in den meisten Fällen nur auf die Vertriebsleiter der einzelnen Werke zurückzuführen sei. Es wurde daher folgende Resolution angenommen und der Bezirksleiter beauftragt, dieselbe zur Kenntnis der Direktoren zu bringen:

Die heute tagende Verjährungsverhandlung der verschiedenen Werke und Gesellschaften des hiesigen Reviers protestiert entschieden gegen die außerordentlich niedrigen Löhne, welche in den letzten Wochen gezahlt worden sind, und welche nicht in Einklang zu bringen sind mit den von den Kommissionen gemachten Bestimmungen bei Abbruch des Streiks. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß dieses nur Maßnahmen der betreffenden Vertriebsleiter sind, und hoffen von den Direktoren nach Kenntnisnahme, daß diese dahin wirken mögen, daß diese Zustände zur Vermeidung der Arbeiter beigesteuert werden. Man wird es sich ja zeigen, ob die Ansicht der Arbeiter die richtige ist, oder ob die Direktoren das Vorgehen ihrer Vertriebsleiter billigen. Hoffen wir im allgemeinen Interesse, daß die Arbeiter sich nicht gelähmt haben.

Verbrecherische Neigungen. Vor dem Schöffengericht in Alenburg stand in der vorigen Woche ein Bergmann, der wider eine Strafverfügung, die er vom Amtsgericht in Pöschel erhalten hatte, und laut welcher er drei Mark in die Staatskasse zahlen sollte, wegen Verletzung einer Wegpolizeiverordnung, Verurteilung eingeklagt hatte. Die Verletzung bestand nach Angabe des die Klagege erlassenden Genernam darin, daß der Bergmann einmal mit andern während des vor kurzer Zeit bestehenden Bergarbeiterstreiks beim Aufstiegsarbeiten des Genernam „übermäßig laut geschrien“ habe.

Was geschrien wurde, das konnte der Genernam mit Bestimmtheit nicht angeben, und nur der Umstand, daß der Insult dem Genernam persönlich bekannt war, brachte diesen auf die Anklageban. Der arme Sünder bestritt, geschrien zu haben, den Genernam habe er gar nicht gesehen, es sei zwar in seiner Nachbarschaft geschrien worden, doch wisse er nicht, wer geschrien habe. Der Genernam behauptete dagegen, gesehen zu haben, wie der Angeklagte — die Hand am Munde gehabt habe und das betrete, daß er auch der Schreier sei. Das Gericht kam denn auch zur Überzeugung, daß der Angeklagte geschrien hat und erkannte auf eine Woche Gefängnis. Bei der Urteilsverlesung wurde der Richter aus, daß in diesem Felde wie bei Streiks die Arbeitsverfügung und die Organe des Staates besonders geschützt werden müssen. Der Angeklagte habe durch seine Handlungswelt die Autorität der Genernamie zu untergraben gesucht und habe dadurch und durch sein Verhalten verbrecherische Neigungen befeuert.

Zivil- und Militärsteuer) tritt um so mehr in Erscheinung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Militärsteuervermögen seiner Veranlassung sehr viel besser gestellt ist als der Zivilsteuer und somit auch eine Verteuerung seiner rein gewerblichen Zwecken dienenden Reizen viel leichter ertragen kann. Daß durch eine Verteuerung der Fahrpreismäßigungen für die Geschäftlichen der Militärsteuer eine Einschränkung für diese Reizen überhaupt stattfinden würde, ist selber kaum anzunehmen. Wohl aber würden durch eine solche Verteuerung wenigstens in die diesem Punkte bestehenden Differenzen zwischen Zivil- und Militärsteuer ausgeglichen, und schließlich würden durch die Aufhebung dieses Privilegs und Schaffung gleicher Steuerpflichten für alle, welche gewerblich militarisieren, dem Staate Einnahmen von nicht zu unterschätzender Höhe ausgeht werden.

Aus diesen Gründen halten wir uns berechtigt, anzunehmen zu dürfen, daß die den Militärsteuern für ihre Geschäftlichen zulebenden Fahrpreismäßigungen hinsichtlich in Bezug kommen; denn ein Aufheben dieser Verteuerung über das Besteuerbare der Fahrpreismäßigungen hinaus wäre unzulässig und würde nur dazu führen, die bei den Zivilsteuern vorhandene Verteuerung gegen eine solche faktische Konfurrenz von neuem und ganz intensiv zu führen. Das ist unsere Überzeugung und deshalb sind wir mit dieser durch nichts zu verteidigenden Fahrpreismäßigungen für Militärsteuer!

Die Deutsche Musterzeitung ist mit dieser Forderung durchaus einverstanden. Die Zivilsteuer ist gegenüber den Militärsteuern schon an und für sich so hart bestrahlt, daß die Staatliche geübte Veranlassung der Militärsteuer ein schweres Unrecht ist.

Nikolaus I. und Ivan Turgenjew. Man schreibt der Frankf. Ztg.: In der Pansche Russen wird eine Besinnung des Kaisers Nikolaus I. gegen Turgenjew mitgeteilt, aus der wieder einmal die brutale Härte dieses Jaren hervor geht. Es war im Jahre 1882. Der berühmte russische Dichter Nikolaus Wassiljewitsch Turgenjew war geboren und Turgenjew hatte einen Ausfluß über ihn geschrieben, der den Russen den Wert des Kaisers, der Turgenjew gegen den Kaiser hätte. Da der Ausfluß indes nicht die Duld-Gründung der

Polizeiliches und Gerichtliches.

Einem fremden Jurisdiktion hat die Deutsche Staatsanwaltschaft in Hamm schon jetzt angetreten. Gegen die Sachliche Arbeiterzeitung und die Gausleitung des Metallarbeiterverbandes wurde eine große Staatsaktion eingeleitet worden, die mit einer Verurteilung zum Massenbetrug enden sollte. Das heißt, so wollte es die Staatsanwaltschaft. Es kam aber anders.

Der Vorfall richtete sich gegen einen Versuch an die organisierten Metallarbeiter, der vor der Metallarbeiter-Konferenz in der Schöffengericht-Veröffentlichung wurde und der dahin ging, die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sollten bei Untrug ruhig erklären, eventuell auch durch Unterschrift, daß sie unorganisiert und nicht Mitglieder des Metallarbeiterverbandes seien. Auf diese Weise sollte der Versuch der Metallarbeiter, die organisierten Metallarbeiter vor der Ausprägung von den nichtorganisierten zu sondern, vereitelt werden. Dadurch sollte nun nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft der Versuch zum Massenbetrug begangen worden sein. Die neue Aktion, mit der man verfuhrte, den Unternehmern beauftragten, reichte ja zu einem Zehnten, selbst vor sachlichen Gerichten schien eine Niederlage der Staatsanwaltschaft sicher. Jetzt hat diese vorgezogen, es nicht darauf ankommen zu lassen, denn dem Gausleiter des Metallarbeiterverbandes ging die Öffnung zu, daß in dieser Sache das Verfahren eingeleitet sei.

Parteinachrichten.

Genosse Markwald, der infolge des seibigen Kandidatur-Konfliktes aus der Wärtischen Volksstimme in Fort ausgeschieden ist, wurde zum leitenden Redakteur unseres Königsberger Parteiblattes gewählt.

ParteiSekretär für den Regierungsbereich Magdeburg für 1. Oktober 1906 gewählt. Derselbe muß rednerische Fähigkeiten besitzen und sämtliche Parteigefühle für die zum Regierungsbereich Magdeburg gehörenden Kreise erwidern. Bewerbungen schreiben mit Angaben über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 27. Juni cr. an den Genossen Fabian, Magdeburg, Jakobstraße 49, zu richten.

Gewerkchaftliches.

Die Klempner in Hamburg, rund 800 Mann, legten in den Geschäften, die nicht bewilligten, die Arbeit nieder. Verschiedene Firmen, die über 300 Arbeiter beschäftigten, haben vollständig 70 Pf. Stundenlohn bewilligt.

Gerichtssaal.

Halle, den 18. Juni. **Alte Chronik.** Für unzulänglich erklärt hatte sich das Schöffengericht in der Beurteilung der Sache eines Arbeiters, der auf dem Friedhof von einem Grab eines Blumenstocher weggenommen hatte, um ihn auf das Grab seiner Frau zu pflanzen. Das Schöffengericht war der Ansicht, es liege Grabräuberei vor; die Strafkammer sah die Sache aber sehr mild an und bestrafte den Angeklagten wegen Hebereike, des Diebstahls und Verletzung des Friedhofes mit zehn Mark Geldstrafe in zwei Tagen Haft.

Als ob der der Straße traf ein junges Mädchen an einen Wächter der Stadt- und Schließgesellschaft mit der Frage heran, ob der Beamte nicht wisse, wie Geld verteilte; das Fräulein brauche notwendigerweise Geld. Die Dame wurde einem wohlhabenden Herrn, der gern Geldgeschäfte macht, überreicht und schließlich beschuldigt, die einen einen Hundert-Markstücken weggenommen zu haben. Die bunke Angelegenheit wurde behufs weiterer Verleserhebung vertagt.

Erfolg mit ihrer Berufung hatte eine Dame aus einer Freudenstadt, die vom Schöffengericht wegen Rauberei mit zehn Tagen Gefängnis bestraft worden war. Die Strafe wurde auf drei Tage ermäßigt.

Gleichfalls Erfolg mit ihrer Berufung hatte eine Schneiderin, die vom Schöffengericht wegen Diebstahls mit sechs Monaten Haft bestraft worden war, weil sie aus dem letzten Verbstimmte b. Z. ihren Geliebten, der ihr unrein geworden war, mit einem Schirm geprügelt hatte. Der Geliebte hatte aber vom Schöffengericht

Kleines Familien.

Zivil- und Militärsteuer. Unter dem Titel Eine übersehene Einnahmequelle erschien vor einiger Zeit ein Artikel, der flüchtig, wie unbedeutend und halbes was man den Einkommensteuern nicht zur Pflicht erheben können. Ein übersehener Berg kauft. Ein Lehrling aus der Möbel-Fabrik des Herrn Reichardt, Fränkische, und ein Schulfahrer, waren bemüht, einen Möbelschrank, mit Matrizen versehen, den Berg hinaufzuführen. Es war den beiden nicht möglich, den

Wenn damit, so schreibt dazu die Deutsche Musterzeitung, der Verfasser dieses Artikels den Staat auf einen Witzband und zugleich auch auf eine Einnahmequelle hinweist, von der man sich nur wundern muß, daß sie bei dem Suchen nach solchen Quellen nicht gefunden wurde, so halten wir es an der Zeit, die maßgebenden Stellen von neuem auf einen ähnlichen Zustand aufmerksam zu machen, den zu beseitigen im Sinne einer ausgeübten Gerechtigkeit ebenfalls dringend geboten scheint. Wir meinen hier die Einkommensteuerpflichtigen, welche die Militärsteuer beizugeben dem Exzerbe dienenden Reizen genießen.

Bereits im Jahre 1902 hat der deutsche Reichstag auf Grund einer Petition des Allgemeinen deutschen Arbeiterverbandes sich einmütig für eine Aufhebung der Militärsteuerpflichten für ihre militärischen Angehörigen ausgesprochen. Die Regierung hat sich jedoch bis heute nicht bereit zu erklären. Wenn aber jetzt durch Einführung der Fahrpreisensteuer dem Zivilsteuer für alle Reizen, ganz gleich zu welchem Zweck er solche unternehmen, eine neue Belastung aufzulegen wird, so haben wir zum mindesten ein Recht zu fordern, daß man nicht uniformierten Kontingenten nicht ein Privileg beläßt, wie es die Gewährung der unbedingten Ermäßigung der Militärsteuer in sich birgt. Die unbedingte Befreiung des Militärbetriebes beider Parteien

Wetersburger Jenseit erhielt, so landete ihn Turgenjew an zwei Moskauer Freunde, die dafür sorgten, daß er in einer Zeitung der zweiten Reichstagswahl Kandidat wurde. Darüber geriet das große Politik-Departement Wetersburgs in Bewegung; der Chef, Nikit Drow, fand in dem Vorhaben der drei Schriftsteller ein nicht gerade schmerzliches Verbrechen, schlug aber doch dem Jaren vor, Turgenjew und seine beiden Freunde Hofmeister und Wostin für einige Zeit unter Polizeiaufsicht zu stellen. Nikolaus fand diese Strafe viel zu gering und verfügte eigenhändig auf dem Bericht Dolobov:

Ich halte die Strafe für unzureichend und befehle, daß Turgenjew einen Monat ins Gefängnis geht und dann unter freier Bewandlung auf seine Freiheit verurteilt wird. Die beiden andern soll der Gouverneur von Moskau Turgenjew der Schwere ihres Vergehens entsprechende bestrafen.

Der Befehl des Jaren wurde selbstverständlich pünktlich ausgeführt, und bis zu seinem Tode hat Turgenjew unter der polizeilichen Aufsicht in Rußland zu leiden gehabt. Seinen beiden Freunden erteilte Turgenjew einen harten Verweis, hatte jedoch eine Stelle in der russischen Revolution anzunehmen. Wostin verheiratete das Vertrauen nicht, das Turgenjew in seine Mündlichkeit legte, Theophilus aber wurde ein werbliches Mitglied der Bureaukratie; er stieg schnell empor und zeichnete sich später durch seine rigorose Härte als — Jenior aus.

Spezial-Exzerpt. Die Politik der Lebensvorsorgelisten für Unlebe Sam hat dem Deutschen Reich schon wieder einen Erfolg gebracht. Der deutsche Volkswirtschaftler in New York, Speckmann, ist zum Ehrenbürger der Universität Indiana im Staate Indiana ernannt worden. Bei einer Feier dieser Universität hat Speckmann eine schöne Rede gehalten über die Bedeutung einer guten Bildung zu einer guten Regierung und über die geistlichen Bande zwischen Amerika und Deutschland. Er die Anerkennung nach dieser schönen Rede über vor ihr erfohl, ist geht aus der Rede nicht hervor.

Gegen die Automobilsteuer, wie sie in der eben besprochenen Beschlusse über den Ausbruch kam und an der sich auch der Reichstag beteiligte, wendet sich die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz wie folgt:

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

Aus dem Reich.

Gamburg. Familien drama. Die Wärlige Tochter des Schneiders ...

Wiesbaden. Die ...

Frankfurt. ...

Wilmshöhe. ...

Frankfurt. ...

München-Gladbach. ...

Wiesbaden. ...

Wiesbaden. ...

Wiesbaden. ...

Wiesbaden. ...

Vermischtes.

Die roten Karten. ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

Letzte Nachrichten.

Kronstadt. ...

Petersburg. ...

Warschau. ...

Wien. ...

Wien. ...

Wien. ...

Wien. ...

Wien. ...

Wien. ...

Wien. ...

Wien. ...

Wien. ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

...bestimmte in ... nach ...

Reisekörbe, Rucksäcke, Reisetaschen. C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Restaurant u. Speisehaus. Die neuesten Kursbücher, Sommer-Jahrbuch 1906.

Apollo-Theater. Direction: Gustav Poller. Gastspiel des Berliner Metropol-Ensembles.

Walhalla. Heute 4. Tag der Internationalen Damen-Ringkampfkonzurrenz.

Etwas Neues habe ich Ihnen zu sagen: 4 Wäflerollen m. elektr. ftehen Taubenstraße 9 zur gef. Benutzung.

Zentral-Verband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. Hamburg. Bezirk Halle a. S. Todesanzeige.

Todes-Anzeige. Gestern, Montag, verschied nach langem Leiden unsere liebe Tochter Emmi im Alter von 1 Jahr 4 Monaten.